

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Tommy Michler*
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 24. Juli 1919. Nr. 303.

Kartoffelabgabe. Heute (Donnerstag), ~~Freitag~~ Freitag und Samstag werden im 16. Bezirk 1 kg Kartoffeln (nicht 1/2 kg) pro Person gegen Abtrennung des halben Abschnittes C der Kartoffelkarte abgegeben.

Lebensmittelabgabestelle der städtischen Angestellten. Verkauf der rayonierten und laufenden Artikel. Neueingelangt Sardinen in Oel, mit Tomaten, Zündhölzer. Im 8. Bezirk durch den Sachverwalter Ausgabe grüner Erbsen, ebenso durch Lagerhäuser und die eigenen Verkaufsstellen. Ein Kibiner Restbestand von Knabenanzügen aus Zellblattstoffen lagert noch. Chiffon, Zephyr, Zwirne, verschiedene billige Gewürze und Mandeln. Kaffeeersatz von Kathreiner, Franz und Meindl, Masol, Mineralwasser, billige Reibbürsten, Kleider- und Zahnbürsten, Kalodont.

Bürgermeister Reumann ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und hat die Leitung der Amtsgeschäfte übernommen.

Eine Schulzahnklinik in Rudolfsheim. Der Stadtrat hat nach einem Berichte StR. Dr. Grün für die Errichtung einer Schulzahnklinik im städt. Schulgebäude 14. Bez. Benedik-Schellingergasse 1 einen Betrag von 19.000 K. genehmigt.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 24. Juli 1919. Nr. 304.

Wasser für die Schrebergärten der Rohö. Die Rohö hat an der Hackenberggasse in Döbling ungefähr 75 Kleingärten angelegt, zu denen keine Wasserzuleitung besteht. Die Rohö hat sich daher an die Gemeinde um die Zuleitung des Wassers in einer Länge von rund 230 m und um Aufstellung von 7 Auslaufständern gewendet. Nach einem Berichte des StR. Seidel beschloss der Stadtrat für die genannten Kleingärten der Rohö eine Wasserleitung, deren Herstellung ungefähr 5000 Kronen kostet, herzustellen. Die Kosten sind von der Rohö in jährlichen Raten von je ungefähr 1000 Kronen der Gemeinde zurückzuerstatten.

Strassenbahnlinien im 11. Bezirk. GR. Schmölzler stellte in einer der letzten Gemeinderatsitzungen den Antrag, die Linie 73 bis zur Gottschalkgasse weiterzuführen. Um den unmittelbaren Anschluss dieser Linie an die Linie 6 herzustellen. StR. Weigl berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Stellungnahme der Direktion der städtischen Strassenbahnen zu diesem Antrage. Die Direktion beantragte mit Rücksicht auf eine Anzahl technische Schwierigkeiten in der Durchführung dieses Wunsches entgegenstehend die Ablehnung des Antrages. Der Berichterstatter StR. Weigl beantragte nach einer längeren Wechselrede, an der sich die StRe. Breuer, Iser, Dr. Alma Seitz, und Vaugoin sowie GR. Schmölzler beteiligten, dass eine möglichst baldige Kommissiarierung der in Betracht kommenden Linien unter Beiziehung des Antragstellers stattfinden möge. Dieser Antrag wurde angenommen. Ein Antrag des StR. Breuer, dahin gehend, dass die Strassenbahndirektion ehestens Pläne zur Durchführung des Antrages samt Kosten-

voranschlägen arbeiten möge, wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Der Ottakringerbach - Entlastungskanal. Der Gemeinderat hat seinerzeit den allgemeinen Entwurf für den Bau des Alsbach- und Ottakringerbach-Entlastungskanal im 9., 16. und 7. Bezirk genehmigt. In Fortsetzung der für die Entlastung des Ottakringerbaches in Aussicht genommenen Baufolge der Teilstrecken wird nun jene der Neulerchenfelderstrasse und am Johann Nepumuk Bergerplatz in Ottakring zur Ausführung gelangen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Siegel den Entwurf für die Bauarbeiten des Kanales in der Strecke vom Lerchenfeldergürtel bis zur Rosensteingasse im Betrag von 720.000 Kronen genehmigt.

Das städtische Jugendamt, wie bekannt, in den Augarten übersiedelt hat da selbst seine Amtstätigkeit begonnen. Die neue Anschrift lautet: II., Augarten Hauptgebäude. Das Bezirksjugendamt Innere Stadt bleibt I. Zelinkagasse 5. Die Eröffnung des Bezirksjugendamtes Leopoldstadt, einer Kinderherberge und eines Kindergartens, wird nächstens erfolgen.

Von der Zentralsparkasse. Der Direktionssekretär Dr. Robert Pokorny wurde zum Stellvertreter des leitenden Direktors der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien berufen.

Die Soziale Holzverwertung für Invalide. BGM. Reumann berichtete heute im Stadtrate über die Gründung der „Sozialen Holzverwertung für Invalide“. Die Vereinigung soll den Zweck haben, den Invaliden Arbeit und Erwerb zu bieten. Der Stadtrat hat beschlossen, die Bestrebungen der genannten Vereinigung gegebenen Falles durch Zuweisung von Lagerplätzen und Uebernahme von Holz zu unterstützen.

Weiter berichtete der Bürgermeister über ein Gründung des „Sozialwirtschaftlichen Reichsbundes der Kriegsinvaliden Deutschösterreichs“. Es wurde eine Wirtschaftsgenossenschaft der Invaliden und Heimkehrer und eine Bankgenossenschaft gegründet, und die Gemeinde Wien aufgefordert, Anteile zu zeichnen. Da die Gründung voraussichtlich ihrem Tätigkeitsgebiet eine Audehnung geben wird, die eine Beteiligung der Gemeinde an dem Unternehmen ausgeschlossen erscheinen lässt, wurde diese abgelehnt.

Die Einbeziehung Klosterneuburgs in das Wiener Versorgungsgebiet. Der Stadtvorstand von Klosterneuburg hat beim Wiener Magistrat um Einbeziehung der Stadtgemeinde Klosterneuburg in das Versorgungsgebiet der Gemeinde Wien angesucht. Dieses Ansuchen beschäftigte heute den Stadtrat, worüber VB. Hoss berichtete. Der Stadtrat sprach sich mit Rücksicht auf das im gegenwärtigen Zeitpunkt von allen Seiten zu Tage tretende Drängen auf den Abbau der staatlichen Bewirtschaftung, sowie im Hinblick auf die gegenwärtige Staats- und Gemeindeverfassung, die mit Rücksicht auf die augenblickliche Unbestimmtheit der Staatsgrenzen ein Provisorium darstellt, gegen die Aufnahme der Stadt Klosterneuburg aus. Damit sollte jedoch der Stadt Klosterneuburg nicht die Aussicht genommen werden, fallweise, wie es schon öfter der Fall war, mit einzelnen Artikeln des täglichen Bedarfs z. B. Marmelade und Kohle nach Möglichkeit über besonderes Ansuchen aus dem der Gemeinde Wien zugewiesenen Kontingente beliefert zu werden.

Zur Beschlussfassung des Stadtrates über den Rucksackverkehr. VB. Hoss war an der Teilnahme der gestrigen Beratung des Stadtrates über den Rucksackverkehr durch eine gleichzeitig im Staatsamt für öffentliche Bauten,

Handel und Gewerbe abgehaltene dringende Sitzung in Angelegenheit der Kohlenversorgung Wiens, wobei auch weitgehende Sparmassnahmen bei der Verwendung des elektrischen Stromes verhandelt wurden, verhindert und konnte deshalb seiner Ansicht im Stadtrate nicht Ausdruck verleihen. Wie uns mitgeteilt wird, hat er bereits in einer am 22. d.M. stattgefundenen Vorberatung des Gemeinderatspräsidiums, bei welcher auch der Stadtrats- und der Magistratsreferent anwesend war, seiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben, dass bei den derzeit knappen Versorgungsverhältnissen der Bevölkerung mit den staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln die vollständige Einstellung des Rucksackverkehrs für einen grossen Teil der berücksichtigungswürdigen sesshaften Bevölkerung eine bedeutende Schädigung wäre und dass insbesondere Familien, in denen sich kranke Personen oder Kinder befinden, auf unersetzliche Lebensmittel verzichten müssten. Es wäre auch eine Härte, wenn Wiener Familien, die auf dem flachen Lande Eltern oder Geschwister haben, in diesen schwereren Zeiten die Quellen für eine Erleichterung ihrer Versorgung verschlossen würden. Durch eine papierene Verordnung der Landesregierung würde nur die grosse Masse geschädigt, während der gemeinschädliche Schleichhandel sein verdammenswertes Geschäft weiter betreiben würde. Unter diesen Schleichhändlern befinden sich bedauerlicher Weise auch viele Personen, die zum Teile berechtigt die Uniform tragen, zum Grossteile aber ganz unbefugt sich des Soldatenkleides bedienen, weil sie ihr verwerfliches Treiben auf diese Art ungestört fortsetzen können. Der Schleichhandel werde leider auch von einer Anzahl solcher Personen zu wenig ernst aufgefasst, die eigentlich zur strengsten Handhabung der bestehenden Vorschriften gegen den Schleichhandel berufen wären, wodurch ebenfalls die Bekämpfung dieses Wuchergeschäftes bedeutend erschwert wird. Zur Durchführung der gänzlichen Ausschaltung des Rucksackverkehrs gehöre auch eine entsprechende Machtvollkommenheit der Behörden, die leider bis jetzt nicht aufgebracht werden konnte, und es sei zu befürchten, dass dies auch in Zukunft nicht möglich sein werde. In der Präsidialsitzung sei schliesslich auch die Ansicht durchgedrungen, dass sich wohl die schärfste Bekämpfung des Schleichhandels empfiehlt, dass jedoch gewisse Erleichterungen einzutreten hätten. Der Magistratsantrag soll auch in dem Sinne gestellt worden sein, es wurde aber nachträglich die vollständige Auflassung des Rucksackverkehrs beantragt. VB. Hoss hätte sich den Anträgen der christlichsozialen Opposition vollständig angeschlossen, wenn er nicht an der Teilnahme an der Sitzung verhindert gewesen wäre.

Der Stadtrat gegen den Schleichhandel mit Milch. StR. Kokrda erstattete heute im Stadtrate einen Bericht über die Versorgung Wiens mit Milch, die in der letzten Zeit eine ständige Abnahme aufzuweisen hat. Die Milchlieferungen nach Wien betragen derzeit durchschnittlich 65.000 Liter täglich, wovon 16 bis 17.000 Liter in verdorbenem Zustande nach Wien gelangen. Dagegen

ist die Belieferung mit Milch im Schleichhandel in einer steten Zunahme begriffen. Tagtäglich werden 30 bis 40.000 Liter Milch im Schleichhandel nach Wien verschleppt und an besonders geldkräftige Verbraucher abgegeben, während Schwachkranke, Kinder und stillende Mütter auch nicht in den Genuss des kleinen ihnen zukommenden Milchquantums gelangen können. Aus diesen Gründen sei ein möglichst scharfes Vorgehen gegen den Schleichhandel mit Milch an Platz und der Referent stellte den Antrag, dass der Landesregierung empfohlen werde, das unbedingte Verbot des Rucksackverkehrs mit Milch auch mit den geringsten Mengen auszusprechen. Die Erlassung eines ausnahmslosen Verbotes der Verabreichung von Milchgetränken in Volkskaffeehäusern, das von mehreren Seiten angeregt wurde, könne jedoch vom Berichterstatter nicht empfohlen werden. In einer kurzen Wechselrede, an der sich die StR. Dr. Grün, und Josef Müller beteiligten, wurde der Antrag des Referenten angenommen. Ein Antrag des StR. Josef Müller, den Selbstproduzenten, die eine eigene Wirtschaft am Lande haben und Personen, die für ihre Familienmitglieder oder Kinder geringe Mengen von Milch nach Wien mitbringen, dies zu gestatten, wurde abgelehnt.

.....